

Weil das Thema zeitgeschichtlich außerordentlich wichtig ist, zitieren wir den Artikel als PDF. Verweise und Kommentare der Leserschaft lesen Sie, wenn Sie WELTplus testen/abonnieren. Wir empfehlen WELTplus ausdrücklich und bedanken uns für das stille Einverständnis der WELT.

WELT+ BUNDESNETZAGENTUR

Herr Müller, sind Sie der neue Oberzensor?



Von **Deniz Yücel**
Korrespondent

Stand: 12.10.2024 | Lesedauer: 9 Minuten



Herr der „Trusted Flagger“: Klaus Müller, Präsident der Bundesnetzagentur

Quelle: picture alliance / SZ Photo

Was nicht verboten, ist erlaubt – gilt dieser Grundsatz auch künftig in Europa? Oder schicken sich EU und Bundesregierung gerade an, das Internet nicht nur von strafbaren Inhalten, sondern von politischer Kritik zu säubern? WELT hat beim Präsidenten der Bundesnetzagentur nachgefragt.

Mithilfe von „Meldestellen“ will die EU besser gegen illegale Inhalte im Internet vorgehen, Kritiker befürchten Zensur. Anfang Oktober ernannte die [Bundesnetzagentur](#) die erste deutsche Meldestelle – prompt geriet ihr Präsident Klaus Müller in die Kritik.

Müller, 53, ist studierter Volkswirt und saß für die Grünen im Bundestag und im Landtag von Schleswig-Holstein. Von 2000 bis 2005 war er dort Landesumweltminister, von 2014

Anzeige

Deine Erfahrung zählt.
Gestalte die Zukunft mit BCG, auch wenn du noch nicht in der Beratung aktiv warst.

[Join the Group.](#)



798





bis März 2022 Vorsitzender der Verbraucherzentrale Bundesverband. Seither leitet er die Bundesnetzagentur, eine für den Wettbewerb in den Netzmärkten Strom, Gas, Telekommunikation, Post und Bahn zuständigen Bundesbehörde mit Sitz in Bonn. WELT sprach mit ihm per Videokonferenz mit Webex, einer Anwendung, die deutsche Behörden aus Sicherheitsgründen nutzen – und bei der jüngst erhebliche Sicherheitslücken aufgedeckt wurden.

LESEN SIE AUCH



WELT+ BUNDESNETZAGENTUR

Die nette neue Zensurbehörde

WELT: Herr Müller, finden Sie, dass bei der Deutschen Bahn alles prima läuft?

Klaus Müller: Nein.

Deine Erfahrung zählt.
Gestalte die Zukunft mit BCG, auch wenn du noch nicht in der Beratung aktiv warst.

Join the Group.



WELT: Ich frage, weil man annehmen könnte, dass Sie als Präsident der Bundesnetzagentur allein mit der Bahn genug zu tun haben. Trotzdem hat Ihre Behörde zusätzlich zur Bahn und allem anderen eine neue Aufgabe übernommen: gegen „illegale Inhalte, Hass und Fake News im Netz“ vorzugehen.

LESEN SIE AUCH



GELD AKTIENHANDEL

Aktien für Anfänger einfach erklärt – Tipps für den Vermögensaufbau

Müller: Die Bundesnetzagentur ist für Märkte zuständig, die besonderer Regeln bedürfen. Jetzt hat der Gesetzgeber gesagt: Auch die digitalen Plattformen regeln sich nicht von selbst, und auch Daten gehören heute zur Infrastruktur. Und gemäß dem vom Europäischen Parlament und vom Europäischen Rat beschlossenen Digital Services Act hat der Bundestag diese Aufgabe der Bundesnetzagentur übertragen. Es geht dabei um die beiden Säulen Produktsicherheit und Meinungsfreiheit.

MEINUNGSSICHER.

WELT: Für Grundrechtsfragen ist sonst das Bundesjustizministerium zuständig. Ihre Behörde hingegen ist Robert Habeck unterstellt. Was qualifiziert die Bundesnetzagentur in Sachen Grundrechte – abgesehen davon, dass ihr Chef dasselbe Parteibuch wie sein Dienstherr besitzt und sich beide gut aus Schleswig-Holstein kennen?

Müller: Ich korrigiere Sie ungern, aber die Bundesnetzagentur ist zwei Ministerien unterstellt, sowohl Wirtschaft als auch Digitales und Verkehr. Federführend bei der Umsetzung des Gesetzes über digitale Dienste war Digitalminister Volker Wissing. Und wir haben primär eine koordinierende Rolle.

WELT: Sie haben kürzlich den ersten sogenannten Trusted Flagger bekanntgegeben. Welche Aufgaben haben diese „vertrauenswürdigen Hinweisgeber“?

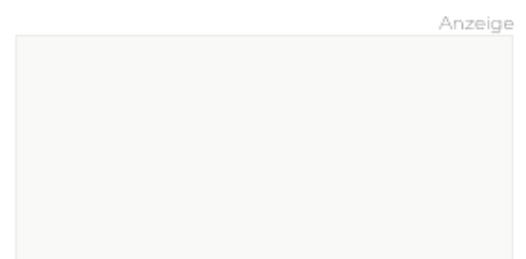
Müller: Der Digital Services Act setzt nicht allein auf staatliche Behörden, sondern auch auf Dritte: auf den privilegierten Zugang von Wissenschaftlern zu den Daten der Plattformen, auf außergerichtliche Streitbeilegungsstellen und eben auf vertrauenswürdige Hinweisgeber. Für Privatpersonen war es oft schwierig, mit Plattformen in Kontakt zu treten, wenn sie etwas gelöscht haben wollten oder wenn sie meinten, dass etwas zu Unrecht gelöscht wurde. Die Trusted Flagger sollen hier eine Brückenfunktion übernehmen.

WELT: Wie wird man Trusted Flagger?

Müller: Damit eine Einrichtung zertifiziert werden kann, muss sie laut EU-Recht drei Kriterien erfüllen: Sie muss über besondere Sachkenntnisse verfügen, unabhängig von Onlineplattformen sein und ihre Meldungen sorgfältig, genau und objektiv übermitteln.

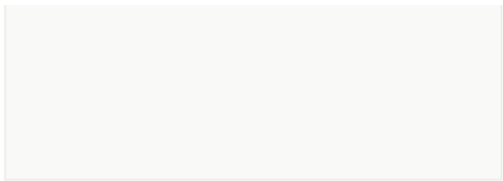
WELT: Ihre Behörde ernannt nur diejenigen, die Meldung erstellen, korrekt?

Müller: Ja, genau. Wir zertifizieren Trusted Flagger und die Plattformen müssen deren Meldungen vorrangig behandeln. Natürlich kann man sich auch an uns wenden, wenn man der Meinung ist, dass eine Plattform sich nicht um





Beschwerden kümmert. Das würden wir nach einem in Europa definierten System weiterleiten: Entweder an eine Schwesterbehörde, wenn es um eine große Plattform geht, die zum Beispiel in Irland sitzt. Oder ans Bundeskriminalamt oder die Landesmedienanstalten. Für inhaltliche Entscheidungen ist die Bundesnetzagentur weiterhin nicht zuständig. Und die Trusted Flagger erstellen Meldungen an die Plattformen. Ob etwas gelöscht wird, entscheiden die Plattformbetreiber.



WELT: Wo kann ich mich über eine Löschung beschweren?

Müller: Sie sprechen einen wichtigen Punkt an: Es geht nicht nur um strafbare Inhalte, wie zum Beispiel Terrorismus, Holocaustleugnung oder Beleidigung. Genauso gibt es das Phänomen des Overblockings: dass Beiträge ohne Grundlage gelöscht werden.

WELT: An wen kann ich mich in diesem Fall wenden?

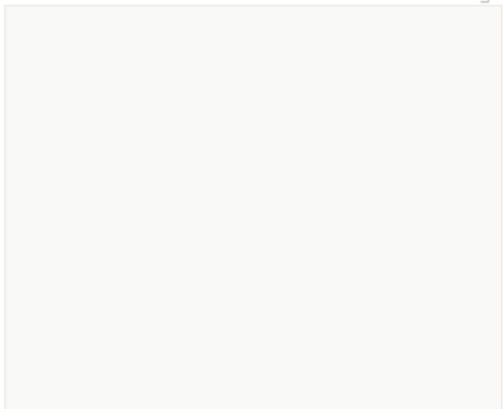
Müller: Zunächst an die Plattform. Wenn Sie dann mit deren Entscheidung nicht einverstanden sind, gibt es Streitbeilegungsstellen und schließlich Gerichte. Sie haben also mehrere Möglichkeiten, um Ihr Recht durchzusetzen.

WELT: In der Presseerklärung, mit der Sie „REspect!“ vorgestellt haben, heißt es, der Schwerpunkt des Vereins liege in der „Identifizierung von Hassrede, terroristischer Propaganda und anderer gewalttätigen Inhalte“.

Müller: Wir haben uns vorlegen lassen, was dieser Verein ans Bundeskriminalamt gemeldet hat und wo das BKA tätig geworden ist. Und wir haben gesehen, dass es nach dem Überfall auf Israel bei einem großen Teil der gemeldeten oder weitergeleiteten Inhalte um Antisemitismus ging.

WELT: An derselben Stelle werden Sie so zitiert: „Illegale Inhalte, Hass und Fake News können sehr schnell und ohne bürokratische Hürde entfernt werden.“ Das betrifft mehr als nur strafbare Äußerungen.

Müller: Dafür wurden wir stark kritisiert und haben präzisiert, was damit gemeint war: illegale Inhalte, illegale Hassrede, illegale Fake News.



Anzeige

WELT: Kann Hass eine Meinung sein?

Müller: Darüber müsste ich nachdenken. Aber entscheidend ist, dass der Digital Services Act dafür keine Grundlage bietet. Es geht allein um illegale Inhalte.

WELT: So eindeutig scheint mir das europäische Gesetz gerade nicht. Da ist zum Beispiel ist von „tatsächlichen oder absehbaren nachteiligen Auswirkungen auf die gesellschaftliche Debatte“ die Rede. Und Familienministerin Lisa Paus hat ausdrücklich auch Inhalten „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ den Kampf angesagt. Das klingt, als würde eine entscheidende Grenze verwischt: Was ist gesetzlich verboten, was vielleicht hässlich, dumm oder falsch, aber erlaubt?

Müller: Das ist eine sehr legitime Frage, die in den politischen Raum gehört. Ein Beispiel: In der Diskussion um den Digital Services Act tauchte die Sorge auf, dass Falschmeldungen über Wahltermine verbreitet werden. Ich glaube nicht, dass das in Deutschland ein großes Problem wäre, aber in anderen Ländern fand man das relevant. Ist die Verbreitung eines falschen Wahltermins illegal? Darüber müsste man sich juristisch unterhalten. Es gibt aber Plattformen, die sagen: „Solche Falschmeldungen sind laut unseren Nutzungsbedingungen nicht erlaubt.“ Rechtlich sind Fake News in vielen Fällen nicht illegal.

WELT: Anfang 2003 hätte die US-Regierung die Aussage, der irakische Diktator Saddam Hussein besitze keine Massenvernichtungswaffen, als Fake News bezeichnet. Heute wissen wir, dass diese Behauptung zu diesem Zeitpunkt eine Lüge war. Was Fake News sind, kann eine politisch umkämpfte Frage sein – und nur selten ein juristisch klarer Fall.

Müller: Wir sind nicht für die amerikanische Regierung tätig.

WELT: Ich könnte auch Beispiele aus der Corona-Zeit nennen.

Müller: Ich sehe diese Gefahr, die Sie beschreiben. Aber die Bundesnetzagentur leistet gemäß des Digital Services Acts einen Beitrag, gegen illegale Inhalte vorzugehen und zugleich die Meinungsfreiheit zu schützen.

WELT: Ich verstehe wiederum den Wunsch, Desinformation zu bekämpfen. Nach dem 11. September verbreitete sich – noch ohne soziale Medien, aber schon über das Internet – das infame Gerücht, soundsovielen tausend jüdische Mitarbeiter des World Trade Centers seien vorab gewarnt worden.

Müller: Es gibt eine berechtigte gesellschaftliche Debatte darüber, wie man mit Desinformationen umgeht, die unwahr und völlig inakzeptabel sind. Aber als

Bundesnetzagentur maßen wir uns darüber keine Urteile an.

WELT: Claudia Roth hat mal gesagt: „Die sozialen Medien haben sich zu einer der größten globalen Bedrohungen für die Demokratie entwickelt. Gegen diesen digitalen Faschismus und diese Welle von Fake News müssen sich alle Demokratien wappnen.“ Stimmen Sie dem zu?

Müller: Nein.

WELT: Jetzt sind Sie nicht in meine Falle getappt: Dieses Zitat stammt von Recep Tayyip Erdogan.

Müller: Das macht es nicht besser.

WELT: Worauf ich hinaus will: Autokraten haben das Label „Bekämpfung von Desinformation“ für sich entdeckt. Auch in Ihrer Presseerklärung ging es um Fake News.

Müller: Noch einmal: Wir haben den zitierten Satz so gemeint, dass sich das Adjektiv „illegal“ auf die nächsten drei Substantive bezieht.

LESEN SIE AUCH



WELT+ DER FALL „JUNGE WELT“

Zur Freiheit des Wortes gehört auch die Freiheit des dummen Wortes

WELT: Aber Herr Müller, es gab in der letzten Zeit besorgniserregende Fälle: Innenministerin Nancy Faeser mit dem Verbot des „Compact“-Magazins, das vom Bundesverwaltungsgericht einkassiert wurde, Bettina Stark-Watzingers Forschungsministerium, das politisch unliebsamen Professoren Fördergelder entziehen wollte, andere Angehörige der Bundesregierung mit ihren gescheiterten Klagen gegen das Portal „Nius“. Können Sie nachvollziehen, wenn Ihr Haus als „neue Zensurbehörde“ bezeichnet wird?

Müller: Wenn Sie mich gefragt hätten, ob ich Sorgen nachvollziehen könne, hätte ich „Ja“ gesagt. So wie Sie die Fragen gestellt haben, beantworte ich sie glasklar mit „Nein“. Wir sind eine Behörde, wir halten uns an das Recht.

WELT: Aber wenn sich immer wieder Behörden von Gerichten und manchmal sogar nachgeordnete Gerichte vom Bundesverfassungsgericht sagen lassen müssen, dass sie gegen geltendes Recht verstoßen haben, wie können die Bürger darauf vertrauen, dass ein Verein die Grenzen der Presse- und Meinungsfreiheit besser

ausloten kann?

Müller: Noch einmal: Die Trusted Flagger entscheiden nicht über Löschungen und müssen sich bei ihren Hinweisen an Recht und Gesetz halten. Und die Bundesnetzagentur wird ihre Arbeit regelmäßig überprüfen und kann eine Zertifizierung wieder entziehen.

WELT: Auch darin liegt möglicherweise ein Problem: Bei der Fördergeldaffäre waren es Verwaltungsjuristen, die den Wunsch aus der Führung des Forschungsministeriums als rechtswidrig zurückgewiesen haben. Eine Ministerialbürokratie kann sich so was trauen, während eine NGO abhängig ist von den Fördergeldern, die Sie zahlen.

Müller: Moment: Die Bundesnetzagentur zahlt keine Fördergelder.

WELT: Entschuldigung, mein Fehler. Wer finanziert die Trusted Flagger?

Müller: Sie müssen sich selbst finanzieren – aus Mitgliedsbeiträgen, Stiftungskapital, Drittmitteln usw. „REspect!“ bekommt meines Wissens nach Geld von den Ländern Baden-Württemberg und Bayern und vom Familienministerium.

WELT: Aber wie wird dieser Verein reagieren, wenn aus dem Haus seines Geldgebers im Sinne der Ministerin der Wunsch kommt, auch gegen Inhalte „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ vorzugehen?

Müller: Wir können nur überprüfen, wie der Verein bisher gearbeitet hat. Und, wie gesagt, wir werden die Arbeit regelmäßig überprüfen.

WELT: Warum wird die Aufgabe, strafbare Inhalte zu melden, an nichtstaatliche Einrichtungen outgesourct? Weil man gegen die Maßnahme eines Vereins nicht vor einem Verwaltungsgericht klagen kann?

Müller: Ich habe sehr lange für den Verbraucherschutz gearbeitet, ich kenne die Diskussion um die Privatisierung von staatlichen Aufgaben. Aber darum weiß ich aus eigener Erfahrung, dass es Felder gibt, bei denen staatliche Akteure nicht so schnell und bürgernah arbeiten. Darum hat das Europäische Parlament gesagt: Bei der Plattform-Regulierung wollen wir beides, sowohl Behörden und Gerichte als auch einen Pfeiler aus Wissenschaft, Trusted Flaggern und ziviler Streitbeilegung.

WELT: Ahmad Gaafar, der Chef von „REspect“, steht inzwischen wegen eines Fotos auf seinem Facebook-Profil in der Kritik. Darauf posiert er mit dem bekannten britischen Bischof Justin Welby und dem ägyptischen Großimam Ahmed el-Tayeb –



als Scheich der Azhar-Universität eine Autorität des sunnitischen Islams, der aber in der Vergangenheit Selbstmordanschläge der Hamas gerechtfertigt hat.

Müller: Wir wissen im Moment nicht, in welchem Kontext dieses Foto entstanden ist. Sollten uns begründete Zweifel an der Eignung dieses Trusted Flaggers erreichen, würden wir diese überprüfen.

WELT: Kennen Sie das Interview, das Ahmad Gaafar nach dem 7. Oktober der „Ludwigsburger Kreiszeitung“ gegeben hat?

Müller: Nein. Ich weiß nur, dass Antisemitismus ein wichtiger Tätigkeitsbereich von ihm ist.

WELT: Herr Gaafar sagt da: „Es ist mir wichtig, klar zu benennen, dass Hamas eine Terrororganisation ist.“ Bietet der Digital Services Act ihm die Möglichkeit, gegen Aussagen vorzugehen, die ihm eine Nähe zur Hamas unterstellen?

Müller: Soweit es sich um illegale Aussagen handelt, vereinfacht der Digital Services Act nur das Verfahren. Die Aussagen über ihn, die ich kenne, finde ich teils diffamierend, aber nicht illegal.

MEHR ZUM THEMA



WIRTSCHAFT NETZAGENTUR-CHEF MÜLLER

Der Mann, der jetzt Musk auf die Finger jucken muss



MEINUNG KAMPF GEGEN „DESINFORMATION“

Die Stunde der grünen Zensoren





DEUTSCHLAND PRÄSIDENT KLAUS MÜLLER

„Exempel statuieren“ – Bundesnetzagentur will hart gegen X und Femu vorgehen



WIRTSCHAFT BUNDESNETZAGENTUR

Netzbetreiber sollen Solaranlagen abschalten dürfen, um Blackouts zu verhindern



WELT+ ERNEUERBARE ENERGIEN

Die nächste Windkraft-Niederlage

Daniel Wetzel



WELT+ BUNDESNETZAGENTUR

Die nette neue Zensurbehörde

Andreas Rosenfelder



WELT+ AFD-DEBATTE

Griße an den Elfenbeinturm: Freiheit muss man nicht studiert haben

Anna Schneider



WELT+ CHEMIEBRANCHE

Produktion nach Wetterlage? „Niemand darf die industriellen Realitäten ausblenden“

Daniel Wetzel





VIRTSCHAFT MESSENGERDIENST

In einer Stunde gelöscht – die überraschende Antwort des BKA auf Vorwürfe gegen Telegram

Beneditikt Fuest



VIDEO ANTI-„STOLZMONAT“-VIDEO

„Der Verfassungsschutz verletzt die Meinungsfreiheit“

3 Min



WELT+ FORUM GEGEN FAKES

Die Rückzugsgefechte eines Milieus, das um seine Deutungshoheit fürchtet

Michael Bröning

THEMEN

[BUNDESNETZAGENTUR](#) [FREIHEIT](#) [GRUNDRECHTE](#)

KOMMENTARE (799)



Guten Tag, Mediagnose

Als WELTplus-Abonnent können Sie hier exklusiv Kommentare verfassen und sich mit Autoren und Lesern austauschen.

Ihr Kommentar

Diskutieren Sie mit...

0/2000 Zeichen

ABSENDEN

Kommentare anzeigen

Sortieren nach

[FAQ](#) | [NUTZUNGSREGELN](#) | [COMMUNITY-PROFIL](#)

100



BELIEBTESTE



 Angeheftet**W** Deniz Yücel, Korrespondent

vor 24 Stunden

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

vor allem diejenigen, die es nicht unter einem Stasi-Vergleich machen: Haben Sie das Interview wirklich gelesen? Klaus Müller berichtet hierin, dass sich „Respect“ im vorigen Jahr vor allem mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt und relevante Beiträge ans BKA gemeldet hat. Wer von Ihnen hat etwas dagegen, dass Äußerungen, die womöglich laut §188 StGB als Volksverhetzung strafbar sind, strafrechtlich geahndet werden?

Andererseits: Wenn Sie den einen oder anderen Kommentar von mir allein aus diesem Jahr – u.a. zu „Compact“-Verbot, Fördergeldaffäre, Beobachtung der „jungen Welt“, Antisemitismus-Klausel – gelesen haben, werden Sie wissen, dass ich die Neigung der Exekutive kritisiere, im Namen einer guten Sache Grundrechte beiseitezuschieben. Also Moral mit Recht zu verwechseln.

Ich versuche, mich stets an das Prinzip „Im Zweifel für die Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit“ zu halten – gerade dann, wenn es um Ansichten geht, die ich nicht teile (alles andere ist billig). Am selben Prinzip hat sich das Bundesverfassungsgericht in seiner laufenden Rechtsprechung orientiert und in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt behördliche Entscheidungen einkassiert. Die Existenz einer unabhängigen Justiz, die die Grundrechte gegenüber der Exekutive verteidigt, überführt übrigens alle DDR-Analogien als Unfug.

Allerdings beinhaltet dieses Prinzip, dass bestimmte Einschränkungen der Meinungsfreiheit zulässig sind. Es kommt auf diese Grenze an, die ich hier in einer Frage benannt habe: „Was ist gesetzlich verboten, was vielleicht hässlich, dumm oder falsch, aber erlaubt?“

Die Vorstellung der Trusted Flagger hat, auch vor dem Hintergrund der oben genannten und anderer Fälle, Anlass zur Sorge gegeben, dass genau diese Grenze verwischt werden könnte – ob aus noblen oder niederen Absichten. Herr Müller hat hier meines Erachtens für den Moment diese Sorge ausgeräumt. An diesen Aussagen wird man die Bundesnetzagentur

und ihre Trusted Flagger messen.

Schönes Wochenende

Ihr DY

NACHTRÄGLICH ERGÄNZT: „Herr Müller hat hier MEINES ERACHTENS für den Moment diese Sorge ausgeräumt.“

 **ANTWORTEN**  62  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

DS

Dieter S.

vor 24 Stunden

Ihr Kommentar, Herr Yücel, wird nicht besser, wenn Sie ihn doppelt posten.

 **ANTWORTEN**  138  **LINK**  **MELDEN**

57 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

CJ

Carl J.

vor 2 Tagen

In dem Moment, wo nicht ein Gericht über die Zulässigkeit des von mir gesagten befindet, ist es Zensur. Alles andere ist Wortakrobatik.

 **ANTWORTEN**  480  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

KK

Karl-Eugen K.

vor 2 Tagen

„Und Familienministerin Lisa Paus hat ausdrücklich auch Inhalten „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ den Kampf angesagt.“

Demnach staatliche Willkür. Nichts anderes.

 **ANTWORTEN**  182  **LINK**  **MELDEN**

5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

GT

Georg T.

vor 2 Tagen

Ich kann die Grünen und ihre Entourage nur höflich darauf hinweisen, dass wir diesmal nicht vergessen werden, wer mühsam erkämpfte Freiheit beerdigt hat. Und jeden entsprechend vor ein ordentliches

Gericht stellen werden, um ihn langfristig hinter Gittern zu bringen.

Viele Grüße aus dem Osten des Landes.

 **ANTWORTEN**  356  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

GF

Gordon F.

vor 2 Tagen

Dem schließe ich mich aus dem Westen an! Die grüne Stasi ist heir mitlerweile genauso verachtet wie im Osten.

 **ANTWORTEN**  238  **LINK**  **MELDEN**

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

DA

Der Ampellallergiker

vor 2 Tagen

„Wir sind eine Behörde, wir halten uns an das Recht“. Ein echter Brüller am frühen Morgen- Danke für den lustigen Gag. Man fasst es kaum, wie selbstgefällig hier agiert und argumentiert wird. Kritiker einschüchtern und mundtot machen - da geht es drum. Unsäglicher Mensch.

 **ANTWORTEN**  351  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

TM

Tanja M.

vor 2 Tagen

Die Gedanken sind frei,
Wer kann sie erraten?
Sie fliegen vorbei
Wie nächtliche Schatten.
Kein Mensch kann sie wissen,
Kein Jäger sie schießen,
mit Pulver und Blei.
Die Gedanken sind frei.
Und sperrt man mich ein
Im finsternen Kerker,
Das alles sind rein
Vergebliche Werke;
Denn meine Gedanken
Zerreißen die Schranken
Und Mauern entzwei:
Die Gedanken sind frei.

[ANTWORTEN](#) [196](#) [LINK](#) [MELDEN](#)

5 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

HR

Holger R.

vor 2 Tagen

Es geht immer weiter in Richtung "Bürgerräte". Wenn die Menschen nicht mehr so wählen, wie sie sollen, wenn sie nicht mehr eine bestimmte Meinung haben, dann müssen "Meldestellen" eingerichtet werden, die von Personen geleitet werden, die der Regierung nahe stehen. Meldestellen sind wie Bürgerräte: Es sieht demokratisch aus, ist aber nichts anderes als gelenkte Demokratie.

[ANTWORTEN](#) [278](#) [LINK](#) [MELDEN](#)

ANTWORT AUSBLENDEN 

DB

Dirk B.

vor 2 Tagen

Es ist nicht gelenkte Demokratie, sondern eine Diktatur und sollte es auch genannt werden. Und als der Wtz des Jahres macht die FDP mit... was hatten sie für Persönlichkeiten in ihren Reihen...

[ANTWORTEN](#) [107](#) [LINK](#) [MELDEN](#)

SA

Stefan A.

vor 2 Tagen

Hoffentlich klagt jemand gegen diese neue Zensurstelle, die von den Grünen ins Leben gerufen wurde.

[ANTWORTEN](#) [192](#) [LINK](#) [MELDEN](#)

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

FB

Frank B.

vor 2 Tagen

In anderen Ländern nennt man das Diktatur, wenn nur noch eine Meinung zugelassen wird!

[ANTWORTEN](#) [137](#) [LINK](#) [MELDEN](#)

4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

ME

Michael E.

vor 2 Tagen

Ich lese diesen Artikel nicht, weil Herr Müller in seiner politischen

ICH HÖRE GIESCH ZUKUNFT NICHT, WENN ICH NIEMAL IN SCHNIT POLITISCHEN
Couleur zu stark grün gefärbt ist und das Amt des Präsidenten nicht so
neutral ausführen kann, wie es auszuführen ist! Und es bewahrheitet
sich, dass wir mehr und mehr zum Überwachungsstaat werden. Ich
arbeite daran, dieses Land zu verlassen- den ich fühle mich einfach
unwohl.

 **ANTWORTEN**  186  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

RB

Robert B.

vor 2 Tagen

@ Geehrter Michael-ich kann Sie verstehen! Ich bleibe hier-und
kämpfe um die Demokratie!!! Schönes Wochenende
PS intern hieß KM in SH bei den Grünen voller Stolz: der
JÜMAZ. Zeigt einiges über das MachtDenken!

 **ANTWORTEN**  27  **LINK**  **MELDEN**

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

GP

Guenter P.

vor 2 Tagen

Noch so eine Behörde die niemand braucht, da könnte man schon mal
mit dem Sparen beginnen.

 **ANTWORTEN**  162  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

FB

Frank B.

vor 2 Tagen

Was soll der Mann sonst machen, welche Industriebetrieb würde
den Einstellen

 **ANTWORTEN**  76  **LINK**  **MELDEN**

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

PM

Petra M.

vor 2 Tagen

Grüne Beförderung durch grüne. Bevor es zu Ende geht, werden nochmal
Posten verteilt, die niemand benötigt, außer die Stasi.

 **ANTWORTEN**  141  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

H **hirnbrauser**

vor 24 Stunden

Es ist jetzt wichtig, Posten zu besetzen, die nicht abgewählt werden.

 **ANTWORTEN**  17  **LINK**  **MELDEN**

C **Chris**

vor 2 Tagen

Wir müssen uns vor Herrn Müller und seinen Freunden des grünen Totalitarismus nicht fürchten. Wir haben schließlich mit der FDP das Sturmgeschütz der Freiheit in der Regierung.

Es ist vollkommen offensichtlich, dass es un Zensur geht. Da kann Müller schwätzen, was er will. Möglich gemacht von der FDP. Das sollten wir nie vergessen.

 **ANTWORTEN**  135  **LINK**  **MELDEN**

KT **Kaiser von Therm**

vor 2 Tagen

Kleiner, grüner Möchtegerndiktator.

 **ANTWORTEN**  132  **LINK**  **MELDEN**


ANTWORTEN AUSBLENDEN 

FB **Frank B.**

vor 2 Tagen

Gut zusammengefasst!

 **ANTWORTEN**  11  **LINK**  **MELDEN**

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

DS **Dirk S.**

vor 2 Tagen

Der Präsident der Bundesnetzagentur hat aalglatt geantwortet.

Da der Aufschrei, es handle sich um eine Zensurbehörde, enorm war, schränkte er es um illegale Inhalte ein. Das Problem der trusted Flagger

Ferner fehlt Transparenz wer meldet und warum wird der Inhalt als illegal betrachtet.

Ich werde das Gefühl nicht los, das ist ein politisches Instrument, denn eigentlich ist es Aufgabe der Polizei und Justiz sich um Illegales zu kümmern.

 **ANTWORTEN**  81  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

AR

Archie R.

vor 2 Tagen

@ Dirk S.: So isses.

 **ANTWORTEN**  17  **LINK**  **MELDEN**



2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

RK

R K.

vor 2 Tagen

Herr Müller ist unser Blogwart.

 **ANTWORTEN**  79  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

JK

Jürgen K.

vor 2 Tagen

@R.K.

Sehr schönes passendes Wortspiel 😊

 **ANTWORTEN**  20  **LINK**  **MELDEN**

2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

TM

Thomas M.

vor 2 Tagen

Gut gemachtes Interview von Welt.

Es zeigt in erschreckender Deutlichkeit, wohin die Reise für Deutschland geht.

 **ANTWORTEN**  78  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

EG

Ernst G.

vor 21 Stunden

... ich empfehle sich das Video von Herrn Professor Dr. Rieck
„Moderner Blockwart oder private Zensurbehörde? Trusted


Flagger“ auf Youtube anzuschauen - es zeigt brillant die Gefahr für Demokratie und Meinungsfreiheit auf.

 **ANTWORTEN**  8  **LINK**  **MELDEN**

TW **Thomas W.**

vor 2 Tagen


Müller ist für mich der Oberideologie!

 **ANTWORTEN**  76  **LINK**  **MELDEN**

LC **Leo Corropidis**

vor 2 Tagen

ein grüner Kommunist erklärt Demokratie, der Brüller am Samstagmorgen. Danke für die Lacher Herr Müller.

 **ANTWORTEN**  76  **LINK**  **MELDEN**

RH **Reiner H.**

vor 2 Tagen

Wenn Klaus Müller Grüne all die Pläne umgesetzt haben (NGO-Bürgerräte, Meldestellen, Demokratieförderungsgesetz), bleibt von unserer Meinungsfreiheit in der Demokratie nichts mehr übrig.

 **ANTWORTEN**  76  **LINK**  **MELDEN**

MG **Mathias G.**

vor 2 Tagen

Ich werde meine zukünftigen Wahlentscheidungen danach ausrichten, welche Partei diese und andere Zensurorganisationen schließt.

 **ANTWORTEN**  75  **LINK**  **MELDEN**

TZ **Till Z.**

vor 2 Tagen

Die Stasi hat auch nicht alle Bürger, die sie im Blick hatte, vor Gericht gestellt oder eingesperrt. Aber sie haben schön Daten gesammelt und Akten angelegt. Diese Daten wurden dann sehr wohl gegen die Bürger eingesetzt. Zum Beispiel Verweigerung von Visa oder man konnte nicht studieren. Damit haben sie ein Klima der Angst und Vorsicht geschaffen. Und genau das ist hier das Ziel. Der Bürger soll mit kritischer Meinung zurück halten.

IS **isabelle S.**

vor 2 Tagen

Nachdem bereits Herr Haldenwang die "Delegitimierung des Staates" im Blick hat, haben wir nun eine weitere Behörde, die darauf achtet, dass das Richtige gesagt wird.

Wer jetzt noch glaubt, einzig die AfD wäre verfassungsfeindlich

GT **gabriel t.**

vor 24 Stunden

Die Stasi ist zurück.

PF **Professor Fate**

vor 2 Tagen

Es kann nicht sein das private, regierungsnahere Vereine, bestimmen, was gesagt werden kann oder nicht. Das ist Aufgabe von Gerichten. Dieser Digital Service Act der EU und sein deutsches Pendant gehören wieder abgeschafft.

[ANTWORT AUSBLENDEN](#)

AK **Alois K.**

vor 24 Stunden

Exact!

PC **P Cambronne**

vor 2 Tagen

Wenn ich mir Herrn Müllers Ausführungen zu Trusted Flaggern anhöre, dann ist mir klar, dass das nächste Bürokratiemonster mit vorhersehbarer Klageschwemme für die ohnehin schon überlasteten Gerichte geschaffen wird bei einer Angelegenheit, die überhaupt gar nicht staatlich reguliert werden sollte. Grundsätzlich nicht.

[ANTWORT AUSBLENDEN](#)



Anke W.

vor 2 Tagen

Vielleicht kalkulieren sie das Mirja ein. Die Richterstellen scheinen ja nicht aufgestockt zu werden im Zuge dieser staatlich verordneten Eingriffe in Art 5 GG



ANTWORTEN



3



LINK



MELDEN



Norbert F.

vor 24 Stunden

Jetzt wird beschwichtigt und sobald sich die Wogen glätten, werden massenweise Kanäle gesperrt und unliebsame Beiträge gelöscht.

Bis zur Wahl sind dann die meisten Plattformen auf Linii der Grünen.

Keine Kritik mehr an der Energieende, keine Kritik mehr an der ungezügelter Migration., keine Beiträge mehr von der AfD.



ANTWORTEN



62



LINK



MELDEN



Angeheftet



Deniz Yücel, Korrespondent

vor 24 Stunden

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

vor allem diejenigen, die es nicht unter einem Stasi-Vergleich machen: Haben Sie das Interview wirklich gelesen? Klaus Müller berichtet hierin, dass sich „REspect“ im vorigen Jahr vor allem mit dem Thema Antisemitismus beschäftigt und relevante Beiträge ans BKA gemeldet hat. Wer von Ihnen hat etwas dagegen, dass Äußerungen, die womöglich laut §188 StGB als Volksverhetzung strafbar sind, strafrechtlich geahndet werden?

Andererseits: Wenn Sie den einen oder anderen Kommentar von mir allein aus diesem Jahr – u.a. zu „Compact“-Verbot, Fördergeldaffäre, Beobachtung der „jungen Welt“, Antisemitismus-Klausel – gelesen haben, werden Sie wissen, dass ich die Neigung der Exekutive kritisiere, im Namen einer guten Sache Grundrechte beiseitezuschieben. Also Moral mit Recht zu verwechseln.

Ich versuche, mich stets an das Prinzip „Im Zweifel für die Meinungs-, Presse-, Kunst- und Wissenschaftsfreiheit“ zu halten – gerade dann.

wenn es um Ansichten geht, die ich nicht teile (alles andere ist billig). Am selben Prinzip hat sich das Bundesverfassungsgericht in seiner laufenden Rechtsprechung orientiert und in den vergangenen Jahrzehnten wiederholt behördliche Entscheidungen einkassiert. Die Existenz einer unabhängigen Justiz, die die Grundrechte gegenüber der Exekutive verteidigt, überführt übrigens alle DDR-Analogien als Unfug.

Allerdings beinhaltet dieses Prinzip, dass bestimmte Einschränkungen der Meinungsfreiheit zulässig sind. Es kommt auf diese Grenze an, die ich hier in einer Frage benannt habe: „Was ist gesetzlich verboten, was vielleicht hässlich, dumm oder falsch, aber erlaubt?“

Die Vorstellung der Trusted Flagger hat, auch vor dem Hintergrund der oben genannten und anderer Fälle, Anlass zur Sorge gegeben, dass genau diese Grenze verwischt werden könnte – ob aus noblen oder niederen Absichten. Herr Müller hat hier meines Erachtens für den Moment diese Sorge ausgeräumt. An diesen Aussagen wird man die Bundesnetzagentur und ihre Trusted Flagger messen.

Schönes Wochenende

Ihr DY

NACHTRÄGLICH ERGÄNZT: „Herr Müller hat hier MEINES ERACHTENS für den Moment diese Sorge ausgeräumt.“

 **ANTWORTEN**  62  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

DS **Dieter S.**

vor 24 Stunden

Ihr Kommentar, Herr Yücel, wird nicht besser, wenn Sie ihn doppelt posten.

 **ANTWORTEN**  138  **LINK**  **MELDEN**

57 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN 

MT **M. T.**

vor 2 Tagen

Von dem ganzen herumgeeiere in dem Interview bleibt nur Beklemmung über. Staatlich finanzierte Vorfeldorganisationen melden irgendwelche, in ihren Augen problematische Inhalte, und dann wird gelöscht. Der Rechtsweg steht "natürlich" jedem offen. Klar, während der Flagger

sofortige Löschung beauftragen kann, soll der Bürger den Gerichtsweg bestreiten. Das dauert dann Jahre. Dass dies alles willkürlich sein kann und das Potential hat, staatlich unerwünschte Meinungen zu verbieten, wird hier munter wegmoderiert. Wir sehen ja, wie in Auto- und theokratischen Regimen genau solche schwammigen Gesetze zur Unterdrückung des Volkes massiv angewendet werden. Wir dürfen nicht zulassen, dass die Meinungsfreiheit so einfach ausgehebelt werden kann.

 **ANTWORTEN**  60  **LINK**  **MELDEN**

P **Phonebooth**

vor 2 Tagen

Zwei deutsche Staaten haben in der Vergangenheit genau gezeigt, in welche Richtung es mit solchen Institutionen geht.

 **ANTWORTEN**  58  **LINK**  **MELDEN**

SM **Stefan M.**

vor 2 Tagen

Der nächste Schritt zur DDR 2.0.

Und das schlimmste ist, die meisten Menschen interessiert es offenbar nicht und keiner geht dagegen auf die Straße. Wo bleiben die jungen Leute, dessen Leben das Internet ist?

Und die "freiheitsliebende" schäbige FDP sitzt mit in der Regierung und lässt ihn auch noch gewähren.

Unfassbar.

 **ANTWORTEN**  58  **LINK**  **MELDEN**

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) 

BS **Bärbel S.**

vor 24 Stunden

Stefan M, die FDP meiner Jugend hatte die Meinungsfreiheit hochgehalten. Das war Teil ihres Markenkerns.

Es wäre damals undenkbar gewesen, ein derartiges Meldewesen abzunicken. Die jetzige FDP hat mit Liberalität nichts mehr zu tun und ist für mich unwählbar geworden.

 **ANTWORTEN**  13  **LINK**  **MELDEN**

DZ **Der Zuhörer**

vor 2 Tagen

Herr Müller windet sich und windet sich. Es ist nichts anderes als Zensur

von unniedsamen meinungen.

 **ANTWORTEN**  58  **LINK**  **MELDEN**

TJ **Tom J.**

vor 2 Tagen

Mit der Missachtung des Grundrechts auf körperliche Unversehrtheit fing es bei Corona an, jetzt ist die Meinungsfreiheit dran. Die Unverletzlichkeit der Wohnung haben die Grünen ebenfalls durch das GEG ausgehöhlt.

Das Demonstrationsrecht ebenfalls seit Corona (nur für Kritiker) eingeschränkt.

Wer diese antidemokratische Entwicklung nicht erkennt und weiterhin SPD, Grüne oder CDU wählt, macht sich mitschuldig.

 **ANTWORTEN**  57  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

RR **Rational Rebel**

vor 24 Stunden

Leider traurig, leider wahr!

 **ANTWORTEN**  13  **LINK**  **MELDEN**

SA **Sebastian A.**

vor 24 Stunden

Aalglatt und gemeingefährlich. Es ist ein wesentlicher Teil der ökosozialistischen Machtergreifung, der sich mit der Übernahme der Inhalts- und Deutungshoheit über die elektronischen Medien hier vor unseren Augen abspielt.

 **ANTWORTEN**  56  **LINK**  **MELDEN**

KK **Karl-Eugen K.**

vor 2 Tagen

„Und Familienministerin Lisa Paus hat ausdrücklich auch Inhalten „unterhalb der Strafbarkeitsgrenze“ den Kampf angesagt.“





Demnach staatliche Willkür. Nichts anderes.

 **ANTWORTEN**  51  **LINK**  **MELDEN**

SS **Sören S.**

vor 2 Tagen


Gruselig, was sich hier mittlerweile abspielt. Die Wirtschaft, viele Menschen und das Land ächzen unter Masseneinwanderung, maroden Schulen, Wohnungsnot, teilweiser Verwahrlosung des öffentlichen Raums. Und dann werden Behörden oder Strukturen geschaffen, die nicht nur eine Menge Geld verschlingen, sondern auch den häufig berechtigten und beißenden Zorn oder Kritik der Menschen bewerten und / oder löschen sollen. Natürlich gibt es vollkommen inakzeptable und ehrverletzende Beiträge einzelner "Klingonen". Rechtfertigt das aber eine Defacto-Zensur, außerhalb klar strafrechtlich relevanter Hassrede? Da habe ich erhebliche Zweifel. Ataman und ihr Antidiskriminierungsladen lässt grüßen.

 **ANTWORTEN**  49  **LINK**  **MELDEN**

C Carneades

vor 24 Stunden

Das gehört normalerweise zu Diktaturen. Was sich Deutschland und die EU hier aufbauen ist absolut inakzeptabel und darf niemals hingenommen werden.

 **ANTWORTEN**  49  **LINK**  **MELDEN**

B BMG

vor 2 Tagen

Grüne Jakobiner in ihrem Element: Verboten, Verfolgen und anderen mit erhobenem Zeigefinger vorschreiben, wie sie zu denken und zu leben haben!

 **ANTWORTEN**  48  **LINK**  **MELDEN**

CU Christine U.

vor 2 Tagen

Sehr schwammige Antworten.... bei mir bleibt trotzdem die Übelkeit. Die Mauer um die DDR wurde auch als „antifaschischer Schutzwall“ deklariert, um die Feinde der „Demokratie“ draußen zu halten. Real war dies nichts anderes als eine Gefängnismauer, um die Insassen drin zu halten. Solche schwammigen Antworten kenne ich aus der Diktatur der DDR zur Genüge.

 **ANTWORTEN**  47  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

KK Kristina K.

vor 2 Tagen

Wieder ein Mal frage ich mich, ob ich dafür 1989 auf der Straße war. Nein, damals ging es u.a. um Meinungsfreiheit.

 **ANTWORTEN**  14  **LINK**  **MELDEN**

ES **ekkehard S.**

vor 2 Tagen

Das Alles geschieht unter dem Deckmantel der "Verteidigung der Demokratie".

 **ANTWORTEN**  47  **LINK**  **MELDEN**

H **Holzfäller**

vor 2 Tagen

„Niemand hat die Absicht eine Mauer zu bauen“ Herr Müller.

 **ANTWORTEN**  47  **LINK**  **MELDEN**

T **Toni**

vor 23 Stunden

Interessant, dass man in diesem Land mit großem Aufwand missliebige verbale Ausrutscher und sog. Hassreden im Netz verfolgen will, aber gleichzeitig - wie heute in dieser Zeitung zu lesen - nicht in der Lage ist, einen mehrfach straffällig gewordenen iranischen Einwanderer mit 27 Identitäten zum Schutz der Bevölkerung zu bändigen.

 **ANTWORTEN**  47  **LINK**  **MELDEN**

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) 

HD **Hans D.**

vor 22 Stunden

Diese Inbalance scheint man in Kauf zu nehmen

 **ANTWORTEN**  9  **LINK**  **MELDEN**

BS **Bärbel S.**

vor 2 Tagen

Ein Kompliment an den Interviewer. Die Fragen waren kritisch und haben die Problematik getroffen.

 **ANTWORTEN**  46  **LINK**  **MELDEN**

MB **Malte B.**

vor 2 Tagen



Hier zeigt sich mMn - wieder einmal - die autoritär-übergriffige Denk- und HANDLUNGsweise der Grünen, die ich für eine große Gefahr für unsere liberale Demokratie halte. Das bereitet mir Angst und ist für mich der Hauptgrund, die Grünen abzulehnen. Ich möchte sie an keiner Regierung, ob auf Bundes- oder auch nur auf Landesebene, mejr beteiligt sehen.

 **ANTWORTEN**  46  **LINK**  **MELDEN**

AG **Achim G.**

vor 2 Tagen

Der Hintergrund ist auch ganz klar. Die öffentlich-rechtlichen Medien in Deutschland werden von der Regierung kontrolliert und sind fest in rotgrüner Hand. Von da gibt es kaum Kritik an der Politik der Regierung, die sind meistens linientreu. Aber die junge Generation konsumiert keine öffentlich-rechtlichen Sender mehr sondern ist im Netz unterwegs, wo die Regierung keine Kontrolle über die veröffentlichte Meinung mehr hat. Die Versuche der öffentlich- rechtlichen, auch im Netz eine Rolle zu spielen sind weitgehend gescheitert. Deshalb lässt sich die junge Generation in der Meinung nicht mehr durch die Regierung kontrollieren. Dabei kommen dann hohe Zustimmungswerte für die AfD heraus. Das der Regierung natürlich ein Dorn im Auge und gefährdet ihre Machtbasis, daher der Versuch, die Meinung auch im Internet zu kontrollieren..

 **ANTWORTEN**  45  **LINK**  **MELDEN**

LB **Lucas B.**

vor 2 Tagen

Hat sich "Correctiv" schon als "Trusted Flagger" beworben ?

 **ANTWORTEN**  45  **LINK**  **MELDEN**

AS **Alter Schwede**

vor 2 Tagen

Der Plan ist, eine grüne, ökosozialistische Diktatur zu schaffen, nichts anderes steckt hinter all dem grünen Gedöns.

 **ANTWORTEN**  43  **LINK**  **MELDEN**

GE **Gerhard E.**

vor 2 Tagen

Die Stasi hatte keine so ausgefeilte Technologie zur Verfügung. Kaum 35 Jahre sind wir hier deutlich weiter.

 **ANTWORTEN**  43  **LINK**  **MELDEN**

I **IchHabJaKeineAhnung**

vor 2 Tagen



Mich beruhigt das Interview überhaupt nicht. Die Fragen waren gut, direkt, die Antworten ausweichend, alles aufweichend, sei alles nicht so schlimm.

Fakt ist, ein ideologisch treuer Verein bekommt staatliche Aufgaben und Gelder, die er im Sinne der Ideologie ausführt, die sowohl Herr Müller, wie Herr Habeck, die gesamten Grünen vertreten und massiv durchsetzen.

Dass der Verein ausgerechnet in Ba-Wü sitzt und dort von der Grünen Landesregierung Gelder erhält, zeigt klar auf, dass hier nix neutral abläuft.

Das Netz, das die Ideologie durchdrückt ist mittlerweile sehr umspannend und sehr eng.

Zum Fürchten!

 **ANTWORTEN**  42  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

HD **Hans D.**

vor 2 Tagen

Deutschland wird in die Zange genommen.

Vom grünen Westen aus, NRW und Baden-Württemberg

 **ANTWORTEN**  15  **LINK**  **MELDEN**

KS **Katharina S.**

vor 23 Stunden

Die Grundfrage ist doch, warum der Staat Angst vor seinen Bürgern hat. Bis vor einigen Jahren war sowas in unserer Demokratie gar kein Thema. Was also ist passiert?

 **ANTWORTEN**  42  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

LH **Lars H.**

vor 23 Stunden

Der Bürger ist nicht mehr links genug, das ist passiert.

DB

Dierk B.

vor 2 Tagen

Dieser Herr Müller ist vor allem eine ernste Gefahr für die Demokratie!
Wo bleibt der Aufschrei der Wähler?

ANTWORT AUSBLENDEN ^

HH

Harald H.

vor 2 Tagen

Dierk B.,
80% der Wähler scheinen immer noch nicht zu verstehen wohin
der Weg geht. Leider ...

BS

Bärbel S.

vor 2 Tagen

Die Trusted Flagger genannten NGOs bekommen schnell und unbürokratisch die Möglichkeit, Inhalte löschen zu lassen. Wenn man sich gegen die Löschung wehren will, gibt es aber keine solche, schnelle Möglichkeit. Man wird an Streitbelegungsstellen und schließlich Gerichte verwiesen. Ein Weg, der langwierig sein kann. Es ist undemokratisch, dass NGOs solche Macht bekommen und nicht auch bei der Löschung eine Gerichtsentscheidung nötig ist.

KB

Kurt B.

vor 2 Tagen

Grüne Diktatur.

MB

Markus B.

vor 2 Tagen

Das Problem ist der vorausseilende Gehorsam, die von RESpect abgemahnte Plattformen an den Tag legen werden: Lieber einfach löschen anstatt sich einer Diskussion zu stellen. Eine Zensur findet also defacto statt.





ANTWORT AUSBLENDEN ^

JJ

James J.

vor 24 Stunden

Markus, man weiß jetzt auch, warum den Grünen vor allem die Jungwähler davonlaufen. Zensur im Netz, ist Zensur der Welt, in der sie leben.

 **ANTWORTEN**  4  **LINK**  **MELDEN**

AW

Anke W.

vor 24 Stunden

Liebe Welt,

Herr Müller bezieht sich auf Verordnungen der EU.
Dieser Verweis kommt inzwischen recht häufig vor.

Ich vermissе in Ihrer Zeitung eine ständige Rubrik „Europa“, in welcher thematisiert wird, was Europa konkret plant und macht.

Da Europa immer mehr Kompetenzen für sich beansprucht scheint es für eine solche Rubrik höchste Zeit zu sein.

Viele Grüße

 **ANTWORTEN**  41  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN ^

DS

Dieter S.

vor 24 Stunden

Eine solche Rubrik könnte die WELT-Leser verunsichern.

 **ANTWORTEN**  3  **LINK**  **MELDEN**

SS

Stephan S.

vor 24 Stunden

Ich finde diesen grünen Regulierung- und Bevormundungswahn brandgefährlich!

 **ANTWORTEN**  41  **LINK**  **MELDEN**



EM

Entenjure M.

vor 2 Tagen

WELT: Sie haben kürzlich den ersten sogenannten Trusted Flagger bekanntgegeben. Welche Aufgaben haben diese „vertrauenswürdigen Hinweisgeber“?

Entschuldigung, ich habe da eine Frage: Ist der "Trusted Flagger" die neue Bezeichnung oder Umschreibung für "IM"? Immerhin ähneln sich die Aufgaben sowohl als auch der zuständigen Behörde, die dem "Staat auch innere Sicherheit" bringen soll.

 **ANTWORTEN**  40  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

HD **Hans D.**

vor 2 Tagen

Seit Januar 2021 ist Ahmed Haykel Gaafar der Direktor von REspect. Die Meldestelle gehört zur „Jugendstiftung Baden-Württemberg“.

Das ist der erste Flagger.

Gaafar studierte Islamwissenschaften an der berühmten Universität Al-Azhar in Kairo.

Suchen Sie Nius und REspect


 **ANTWORTEN**  16  **LINK**  **MELDEN**

JJ **Jörg J.**

vor 2 Tagen

Ich unterteile politisches Handeln nicht in rechts und links, sondern in freiheitlich und nicht freiheitlich.

Und da stehen Typen wie der hier Interviewte klar auf der falschen Seite.

 **ANTWORTEN**  40  **LINK**  **MELDEN**

BB **Bastian Balthasar Bux**

vor 2 Tagen

Müller erinnert mich an Walter Ulbricht

“Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!”

 **ANTWORTEN**  40  **LINK**  **MELDEN**

F **Floda**

vor 2 Tagen

Stasi reloaded und trusted flaggers sind die IMs

BS **Bernd S.**

vor 24 Stunden

Schon Ende der 40 Jahre hatte George Orwell in 1984 eine ähnliche Behörde beschrieben und Behörden mit ähnlichen Aufgaben waren gerade erst vergangen. Man muss das verstehen, denn anders lassen sich Narrative von Gender, Klima und Bio nicht aufrechterhalten.

AA **Alfred E. Altmann**

vor 24 Stunden

Wehret den Anfängen. Was hier geschieht, ist nur der Anfang.

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) 

JJ **Jon J.**

vor 24 Stunden

Zu spät, wir sind schon mittendrin!

JP **Jan P.**

vor 24 Stunden

Mich irritiert ehrlich gesagt am Meisten, mit welcher Nonchalance hier wieder mal ein Grünen-Politiker mit dem Vorwurf der Verfassungsfeindlichkeit umgeht. Es scheint ihn überhaupt nicht zu kümmern, dass ihm und seiner Partei mittlerweile so viele Menschen von Grund auf misstrauen.

CC **Claudia C.**

vor 24 Stunden

Kann man schon früh am Tag derart angewidert sein von dem derzeitigen Politikstil und sich fragen, inwiefern das Ganze noch etwas mit freiheitlicher Demokratie und Grundwerten der Meinungsfreiheit zu tun hat?

Ja. Es wird nur immer schlimmer.



Michael B.

vor 2 Tagen

Aalglatt der Mann.

ANTWORTEN 38 **LINK** **MELDEN**

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#)



Beate N.

vor 2 Tagen

Ne eher schmutzig, wie sein Freund Habeck.

ANTWORTEN 29 **LINK** **MELDEN**

[2 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#)



Georg R.

vor 2 Tagen

Machen wir uns nichts vor: Die Meinungsfreiheit ist weg, und damit auch die Demokratie.

ANTWORTEN 37 **LINK** **MELDEN**

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#)



Markus B.

vor 2 Tagen

Das Schweiger der Lämmer

ANTWORTEN 14 **LINK** **MELDEN**

[1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN](#)



Rational Rebel

vor 2 Tagen

Elon Musk:

“Sie verbieten nicht die Hassrede. Sie verbieten die Rede, die sie hassen.”

ANTWORTEN 37 **LINK** **MELDEN**



Michael O.

vor 2 Tagen

“Wenn Sie dann mit deren Entscheidung nicht einverstanden sind, gibt es Streitbeilegungsstellen und schließlich Gerichte. Sie haben also mehrere Möglichkeiten, um Ihr Recht durchzusetzen.”

Warum muss ich mein Recht auf nicht strafbewehrte freie

warum muss ich mich recht auf mich selbstwehre hier

Meinungsäußerung nachträglich über eine Streibeilegungsstelle oder ein Gericht legalisieren lassen? Warum muss eine grundsätzlich nicht legitimierte NGO diesen Weg nicht vorab gehen? Erstmal löschen, oder wie? Den juristischen Weg werden sicher nur die wenigsten betroffenen Leute beschreiten. Und die Judikative in D lässt sich die Butter vom Brot nehmen ...

 **ANTWORTEN**  37  **LINK**  **MELDEN**

HH **Horst H.**

vor 2 Tagen

Herr Müller ist ein Freund und langjähriger Weggefährte von Superminister Habeck. Wurde von eben diesem installiert. Das sagt doch alles.

 **ANTWORTEN**  37  **LINK**  **MELDEN**

FR **Fran R.**

vor 2 Tagen

Interessant, dass man komischerweise seit dieser links-grünen Regierung solche besorgniserregende Mittel benötigt. Vor was haben die wohl Angst.


 **ANTWORTEN**  37  **LINK**  **MELDEN**

[ANTWORT AUSBLENDEN](#) 

JJ **Jon J.**

vor 2 Tagen

Vor uns, dem Bürger!

 **ANTWORTEN**  29  **LINK**  **MELDEN**

JK **Josef K.**

vor 2 Tagen

Big Brother is Watching you und George Orwell würde sich im Grab umdrehen

 **ANTWORTEN**  37  **LINK**  **MELDEN**

DM **Dirk M.**

vor 2 Tagen

Horch und Guck? Als gelernter DDR-Bürger kennt man das und stellt sich darauf ein.

[← ANTWORTEN](#) [♥ 36](#) [🔗 LINK](#) [⚠️ MELDEN](#)

KH **Klaus H.**

vor 2 Tagen

Ein schönes Beispiel, wie die öffentliche Verwaltung von der harten Wirklichkeit (Bahn-Netz) in das sanfte Nirvana (Digitalisierung) hinübergleitet und anstelle für pünktliche Züge für sinnbefreite Begriffe wie dem trusted flagger? Trusted flagger? trusted Flagger sorgt.

Auf meiner Liste für die überfällige Entbürokratisierung zur Konzentration des Staates auf das Wesentliche steht diese Behörde ganz weit oben.

[← ANTWORTEN](#) [♥ 36](#) [🔗 LINK](#) [⚠️ MELDEN](#)

[ANTWORT AUSBLENDEN ^](#)

HD **Hans D.**

vor 2 Tagen

Direktor des ersten Flaggers. Ein muslimischer Islamwissenschaftler aus Ägypten.

MIT auf seinrn Bildern:

Lauter nette Leute aus der Region

[← ANTWORTEN](#) [♥ 16](#) [🔗 LINK](#) [⚠️ MELDEN](#)

T **tomboon**

vor 2 Tagen

Sehr gutes Interview mit sehr guten Fragen. Herr Müller ist aber ein Profi, der sich nicht so leicht „festnageln“ lässt. Die Welt sollte an dem Thema dran bleiben. Ich sehe hier eine ernsthafte Gefahr für die Demokratie. Die Grüne Partei hat die nächste Stufe gezündet.

[← ANTWORTEN](#) [♥ 36](#) [🔗 LINK](#) [⚠️ MELDEN](#)

MG **Michael G.**

vor 2 Tagen


Das ist der verschlagene Weg „hintenrum“, wie man Meinungsfreiheit und Demokratie abschafft. Das ist klassisches grünes „Handwerk“

[← ANTWORTEN](#) [♥ 36](#) [🔗 LINK](#) [⚠️ MELDEN](#)

D **Derfgreb**

vor 24 Stunden

Die grünen Ambitionen der Zensur von aus ihrer Sicht unpassenden Äußerungen erinnern stark an das, was in der DDR getätigt wurde, denn auch dort fing es erst einmal langsam an und wurde immer schlimmer. Hoffentlich werden diese grünen Ideologen und die gegen die Meinungsfreiheit einschreitenden Tendenzen bald beendet sein. Ich würde mir wünschen, dass es sich nicht noch ein Jahr lang sich hinzieht.

 **ANTWORTEN**  36  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

A **A.M**

vor 24 Stunden

Dann machen die aber mit der CDU weiter. Alles klar.

 **ANTWORTEN**  3  **LINK**  **MELDEN**

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

MJ **Matthias J.**

vor 24 Stunden

Die Ausbeutung der Bürger mit Gängelungen und die Verschwendung unserer Steuergelder geht auf keine Kuhhaut. Aber jetzt wird dafür gesorgt das alle die Klappe halten.

 **ANTWORTEN**  36  **LINK**  **MELDEN**

TH **Thomas H.**

vor 24 Stunden

Für die Entscheidung ob ein Beitrag im Internet und auch in anderen Medien strafbar ist und gelöscht werden soll, ist die Justiz zuständig und keine Behörde und schon gar keine NGO. Dieses ergibt sich aus der Gewaltenteilung. Jeder Einschnitt in dieses Prinzip stellt eine Gefahr für die Demokratie dar. Zudem wird wiederum eine Ebene geschaffen mit unklaren Verantwortlichkeiten und Bürokratie aufgebaut. Wer die bestehende Regelung für nicht ausreichend hält sollte bei der Justiz ansetzen und diese reformieren.

 **ANTWORTEN**  36  **LINK**  **MELDEN**

CZ **Christoph Z.**

vor 2 Tagen

Ja, ist er und keiner hat so richtig ein Problem damit, dass unser

Grundgesetz von Kot-Grün in jede Richtung verändert wird.

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

NF

Norbert F.

vor 24 Stunden

Der DSA ist ein Angriff auf unsere Verfassung.

 **ANTWORTEN**  5  **LINK**  **MELDEN**

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

CF

Christian F.

vor 2 Tagen

Wie ich bereits oft kommentierte: die BRD befindet sich seit Merkel geradewegs auf den Weg in den Sozialismus mit Meinungsbeschränkung und Planwirtschaft!

„Socialism is the philosophy of failure, the creed of ignorance and the gospel of envy“

*Winston Churchill

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

P

Petra

vor 2 Tagen

Ein weiterer Schritt weg von der Demokratie. Und mir soll bitte niemand erklären, dass mein Kreuz alle vier und fünf Jahre Demokratie ist. Die grünlinke Ideologie hat den ÖRR vereinnahmt, fördert und finanziert ihr genehme NGO's und sortiert jetzt Meinungen im Netz. Aber so ist das Leben... wenn immer mehr wohlstandsverwahrloste Menschen denken, die Demokratie fällt einfach so vom Himmel, dann ist sie irgendwann plötzlich verschwunden.



 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

EE

Erik E.

vor 24 Stunden

Sehr bedenklich. Und man bekommt es erst mit, wenn es verabschiedet ist und läuft

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

DV Daniel V.

vor 24 Stunden



Mich verwundert, dass die WELT hier überhaupt noch mit Herrn Müller diskutiert und nicht eine Klage gegen dieses verfassungswidrige Vorgehen anstrebt.

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

LH Lars H.

vor 23 Stunden

Wie hätten sich diese "trusted flagger" zu Coronazeiten positioniert? Die Zensur wäre zweifelsohne noch effektiver gewesen als ohnehin schon. Außerdem gibt mir die Antwort zu denken "die Plattformen entscheiden". Die waren größtenteils noch eifriger als die Regierung, Maßnahmenkritiker mundtot zu machen.

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

I immer-selber-denken

vor 23 Stunden

Ich glaube, dass niemals eine private Institution (NGO) darüber entscheiden sollte, was erlaubt ist oder nicht. Egal, in welche Richtung oder gegen wen es dabei geht. Dafür haben wir Gerichte. Und wer die ganzen sog. "Faktenchecker" kennt, der weiß, dass es sich dabei fast ausschließlich um linksgrüne Ideologen handelt.

 **ANTWORTEN**  35  **LINK**  **MELDEN**

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#) 

HD Hans D.

vor 23 Stunden

Man stelle sich vor, es wäre eine AFD Initiative

 **ANTWORTEN**  12  **LINK**  **MELDEN**

[4 WEITERE ANTWORTEN EINBLENDEN](#) 

PS Patric S.

vor 2 Tagen

wisst ihr wie schwer es ist einen irrtümlich gelöschten Inhalt wieder herzustellen?

Das ist auf den meisten Plattformen praktisch unmöglich. Das ist denen zu viel Aufwand und interessiert sie nicht wirklich.

Somit kann eine Entscheidung eines Trusted Flaggers sehr wohl vielfach

zum Löschen eines legalen, aber in manchen Augen unliebsamen Inhalts, führen.

Eine Zensur findet dadurch ganz klar statt.

 **ANTWORTEN**  34  **LINK**  **MELDEN**

DA **Das A.**

vor 2 Tagen

ich fasse es nicht, ausgerechnet Bayern gibt Geld für diesen Schmarrn, bei Baden Württemberg wundert es mich nicht, da grün

 **ANTWORTEN**  34  **LINK**  **MELDEN**

GS **Günther S.**

vor 24 Stunden

Am Anfang des Unheils steht der „Digital Service Act“! Diesen hätte es niemals geben dürfen. Daher muß Frau von der Leyen zurücktreten. In dieser Form ist die EU nicht mehr tragbar.

 **ANTWORTEN**  34  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

HP **Hans P.**

vor 21 Stunden

Stimmt. Das Übel sitzt in der EU. Die wichtigsten Autoren dieser Verordnung sind die Grünen im EU Parlament.

 **ANTWORTEN**  5  **LINK**  **MELDEN**

DM **Der wilde Michel**

vor 2 Tagen

Ja in der Rolle gefällt man sich sehr gut! Die neue Grüne Staatssicherheit!

 **ANTWORTEN**  33  **LINK**  **MELDEN**

EC **Ellen Chu**

vor 24 Stunden

Mich interessiert, wie der Digital Service Act in den anderen EU-Ländern umgesetzt wird. Vielleicht könnte Welt hier mal recherchieren. Für mich erscheint die vorausseilende Umsetzung in D wie Stasi 2.0.

 **ANTWORTEN**  33  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 



LEONIE R.

vor 24 Stunden

Zumal es beim DSA der EU um gesetzlich verbotene Inhalte geht! Ja, es ist voraussetzender Gehorsam!

ANTWORTEN 4 **LINK** **MELDEN**



Michael K.

vor 24 Stunden

Das ist die neue Demokratie. Man hat bloß vergessen uns sie richtig zu erklären. Seit die Grünen mit Regieren Haben Sie sich in fast allen Instituten eingeschlichen. Kein Wunder das man vor der AFD Angst hat. Die wären alle ihren Job los .

ANTWORTEN 33 **LINK** **MELDEN**



D.

vor 24 Stunden

Verhörkeller sind aber nicht geplant?

ANTWORTEN 33 **LINK** **MELDEN**



Dirk S.

vor 2 Tagen

Eine ungewählte Person mit sehr viel Macht!
Sehr ungewöhnlich und unbedingt verfassungsrechtlich zu prüfen.

ANTWORTEN 32 **LINK** **MELDEN**



Stefan G.

vor 2 Tagen

Die Verfassung stirbt mittlerweile meterweise. Und was die Meldeportale angeht, machen die unionsregierten Länder wohl fleißig mit und die Liberalen segnen alles ab, halleluja !

ANTWORTEN 32 **LINK** **MELDEN**

[ANTWORTEN AUSBLENDEN](#)



Christine U.

vor 2 Tagen

Die jahrelange subtile Umerziehung durch die von Merkel geführte Union und die SPD trägt Früchte.

ANTWORTEN 7 **LINK** **MELDEN**

OV **Olga V.**

vor 2 Tagen

Ich werde den miesen Verdacht nicht los, dass das Problem in der völlig undurchsichtigen Auswahl der "Trusted Flagger" liegt. Hier wird sicher auf die "richtige" Gesinnung geachtet. Und eine Art Internet - Abschnittsbevollmächtigter geschaffen. Mit fatalen Auswirkungen auf die Meinungsfreiheit. Da kann Herr Müller abwiegeln wie er will.

[↩ ANTWORTEN](#) [❤ 32](#) [🔗 LINK](#) [⚠ MELDEN](#)**RE** **Reiner E.**

vor 2 Tagen

Unglaublich, was sich hier tut: Ein Ministerium der Wahrheit. Und natürlich von Grün sofort umgesetzt, was die EU da regeln will, aber nicht zur Pflicht macht. Permanent werden BSW und AFD verunglimpft als undemokratisch und extrem. Die Grünen jedoch setzen vor diesem Hintergrund längst ihre Ziele in die Praxis um, die Bevormundung und dann letzten Endes die Bestrafung von "Tätern", die ihre den Politikern insbesondere von Grünen und anderen linken Gruppierungen nicht genehme Meinung im Netz präsentieren. Die gefährlichste Partei sind die Grünen, sie dürfen nicht wiedergewählt werden. In Ostdeutschland hat man das begriffen, wofür die Leute dort als undemokratisch diffamiert werden.

[↩ ANTWORTEN](#) [❤ 32](#) [🔗 LINK](#) [⚠ MELDEN](#)

ANTWORT AUSBLENDEN ^

TJ **Tom J.**

vor 2 Tagen

Vollkommen richtig und Ihr letzter Satz ist genau das immanente Ergebnis.

[↩ ANTWORTEN](#) [❤ 5](#) [🔗 LINK](#) [⚠ MELDEN](#)**BK** **Boris K.**

vor 2 Tagen

Und so bauen die Grünen die Gesellschaft für sich um.

[↩ ANTWORTEN](#) [❤ 32](#) [🔗 LINK](#) [⚠ MELDEN](#)**RW** **Rainer W.**

vor 24 Stunden

Vorne raus linksqueer, hinten islamisch religiös, und dann „Trusted Flagger“ von Willkürs Gnaden. Unsere neue Meinungspolizei lebt also von Spenden? Wer genau spendet da?

 **ANTWORTEN**  32  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORTEN AUSBLENDEN 

HG

Henryk G.

vor 24 Stunden

Die Politiker das Geld der Steuerzahler. Steht doch im Text.

 **ANTWORTEN**  12  **LINK**  **MELDEN**

1 WEITERE ANTWORT EINBLENDEN 

R

Rheintochter

vor 24 Stunden

Man stelle sich den Proteststurm vor, wenn solch eine Stelle in Ungarn geschaffen worden wäre.


 **ANTWORTEN**  32  **LINK**  **MELDEN**

SE

Steffen E.

vor 2 Tagen

Die grünen bauen sich eine Festung, die noch uneinnehmbar sein soll, wenn sie nichts mehr zu melden haben.

 **ANTWORTEN**  31  **LINK**  **MELDEN**

CO

Cornelia O.

vor 2 Tagen

Man bekommt einen kleinen Vorgeschmack was passieren würde wenn Herr Habeck Kanzler werden würde. Dann gäbe es nicht nur diese Kontrollbehörde sondern auch viele weitere. Wieder ein Grund die Grünen deutlich unter 5% zu bringen. Dann hat p auch jede weitere Diskussion über Koalitionen erledigt. Da bekommt man ja Angst je länger diese Partei noch hier herumwurschtelt.

 **ANTWORTEN**  31  **LINK**  **MELDEN**

DU

Der Unbequeme

vor 2 Tagen

Man muss einfach, egal wie, doe Meinungsfreiheit im Sozialismus in den

Griff bekommen, egal wie. Und Herr Müller scheint genau der richtige Mann (für Habeck) zu sein.

 **ANTWORTEN**  31  **LINK**  **MELDEN**

SB **Sebastian B.**

vor 2 Tagen

Mir wird speiübel. Gute Nacht Meinungsfreiheit, gute Nacht Deutschland.

 **ANTWORTEN**  31  **LINK**  **MELDEN**

M **Meinungsäußerer**

vor 2 Tagen

Was für eine Offenbarung. Meine Oma sagte: es kommt alles immer mal wieder. Ob in der Musik, beim Kinofilm, in der Mode, in der Politik - so nun auch bei der Kontrolle der Meinung und Gedanken.

Es gab schon mal eine solche Behörde, vor 1990 in der DDR. Vom Ansatz und Ziel sehe ich Parallelen.

Das alles unter den Vorwand die Demokratie zu schützen. Das alles von Personen, die für sich in Anspruch nehmen, echte Demokraten zu sein.

Was passiert hier gerade?

 **ANTWORTEN**  31  **LINK**  **MELDEN**

ANTWORT AUSBLENDEN 

AM **Ann M.**

vor 24 Stunden

@Meinungsäußerer

Offensichtlich nichts gutes!

 **ANTWORTEN**  2  **LINK**  **MELDEN**

MEHR KOMMENTARE ANZEIGEN 

Guten Tag, Mediagnose

Als WELTplus-Abonnent können Sie hier exklusiv Kommentare verfassen und sich mit Autoren und Lesern austauschen.

JETZT KOMMENTIEREN

[IMPRESSUM](#)

[DATENSCHUTZ](#)

[AGB](#)

[KONTAKT](#)

[FEEDBACK](#)

[PRIVATSPHÄRE](#)

[WIDERRUF TRACKING](#)

[WIDERRUF NUTZERKENNUNG](#)

[JUGENDSCHUTZ](#)

[UTIQ VERWALTEN](#)

[ABO KÜNDIGEN](#)

[FAQ](#)

[VERANTWORTUNG](#)


[KÜNSTLICHE INTELLIGENZ](#)

[WELT-PHOTO SYNDICATION](#)

[WIR IM NETZ](#)


[UNSERE APPS](#)

 [FACEBOOK](#)

 [X.COM](#)

 [INSTAGRAM](#)

 [WELT NEWS](#)

 [WELT EDITION](#)